

Bewegung im strategischen Denken

Autor(en): **Bachofner, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **172 (2006)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-70482>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bewegung im strategischen Denken

Frankreich:

Innere Sicherheit und Nukleardoktrin

Staatspräsident und Regierungschef kündigten eine neue französische Antiterrorstrategie an. In einjähriger interministerieller Zusammenarbeit entstanden ein Weissbuch über die innere Sicherheit und eine Nukleardoktrin. Bedrohungsanalysen, Terrorszenarien und vorbehaltene Entschlüsse werden vorgelegt. Strategische Überraschung sei jederzeit möglich, auch wenn zur Zeit keine direkte Bedrohung erkennbar sei. Frankreich sei entschlossen, auch mit Atomwaffen zuzuschlagen, und werde bei begründetem Verdacht auf geplante Anschläge nicht vor militärischen Präventivschlägen zurückschrecken. «*Du fort au fou*» ist das neue Schlagwort für Nukleareinsätze (im Kalten Krieg war es «*Du faible au fort*»). Präsident Chirac sprach von vitalen Interessen Frankreichs, die notfalls im Alleingang zu schützen seien. Unterstrichen wird die präsidiale Geste mit dem Aufmarsch eines Flottenverbandes um den nukleargetriebenen Flugzeugträger «Charles de Gaulle» im Indischen Ozean. Gemeinsame Manöver sind vorgesehen mit saudiarabischen Flotteneinheiten, im Persischen Golf mit Formationen der Vereinigten Arabischen Emirate und dem Sultanat Oman. Die Operationsnähe zum Iran ist wohl kaum ganz zufällig.

Deutschland:

Ein neuer Begriff der Verteidigung

Die beiden Vorgänger Scharping und Struck scheiterten mit ihrem Vorhaben, eine zeitgemässe strategische Doktrin zu formulieren. Jetzt versucht es Verteidigungsminister Jung erneut. Weil Terrorangriffe, speziell mit Mas-

senvernichtungswaffen, in ihren Auswirkungen hinter kriegerischen Angriffen traditioneller Art nicht zurückbleiben, ist der Begriff «Verteidigung» neu zu fassen. Terrorabwehr ist Landesverteidigung und dann Sache der Bundeswehr, wenn nur sie über die nötigen Fähigkeiten und Mittel verfügt. Das geplante Weissbuch im Umfang von über 100 Seiten enthält einen Katalog militärisch schützenswerter nationaler Interessen (ungehinderter Welthandel mit besonderem Gewicht auf Rohstoff- und Warenströmen), nennt kritische Infrastrukturen (Atomkraftwerke, Rechenzentren, Staudämme, Flughäfen, Gaspipelines) und weist im Entwurf noch etwas unbestimmt auf eine Zusammenfassung der Institutionen staatlicher Sicherheitsvorsorge – Polizei, Geheimdienste, Militär, Katastrophenschutz – in koordinierenden Schutzzentren hin (Ministerium für Heimatschutz?).

Die Sozialdemokraten signalisieren Widerstand. Sie wähen sich, wie ihre Schweizer Genossen, in einer ordentlich in innere und äussere Gewalt getrennten Bedrohungswelt und empfinden Horrorgefühle vor einer «Militarisierung des Denkens».

Die Streitkräfte werden in drei Klassen geteilt: **Eingreifkräfte** führen Krieg im Ausland (politisch korrekt : sind zuständig für «friedensersetzende Massnahmen gegen einen vorwiegend militärisch organisierten Gegner bei möglichst geringen eigenen Verlusten»), **Stabilisierungskräfte** unternehmen «Operationen niedriger und mittlerer Intensität und von längerer Dauer», **Unterstützungskräfte** gewährleisten den Grundbetrieb. Im Inland sind Soldaten gefragt, die man auch im Ausland braucht: ABC-Abwehr, Pioniere, Feldjäger, Aufklärer, Sanität, Lufttransporttruppen.

Die Debatte beginnt erst. Die Schweiz wird von ihrem Verlauf nicht unberührt bleiben.

USA: Quadrennial Defense Review QDR

Alle vier Jahre hat der US-Verteidigungsminister dem Kongress eine umfassende Prüfung («*comprehensive examination*») der nationalen Verteidigungsstrategie, der Streitkräfteorganisation, der Modernisierungspläne, der Infrastruktur, des Budgetplans mit einem Zeithorizont von zwanzig Jahren vorzulegen. Auf über neunzig Seiten wurde eben die vierte QDR ausgeliefert, systematisch im Aufbau, gründlich und offen in der Darstellung. Wenige Tage später folgte die Budget-Eingabe mit praktischen Einzelheiten. In interessierten Kreisen wird die QDR kontrovers diskutiert, es fehlen weder Lob noch Tadel.

Kernbotschaften sind:

Die Welt wechselt vom Zustand des «Kalten Krieges» in einen Zustand des «Langen Krieges». Feindbilder, Kriegsbilder und Bedrohungsbilder sind umzustellen. Es geht nicht mehr um Schlachtenkriege gegen Nationalstaaten, sondern um terroristische Netzwerke, Massenvernichtungswaffen, um robuste Heimatverteidigung und darum, zu verhindern, dass emporstrebende Weltmächte wie China, Indien und Russland zu Feinden der USA werden. Die (schlechten) Erfahrungen aus Afghanistan und dem Irak werden berücksichtigt, die Militärs angewiesen, «*to shift from major conventional combat operations to multiple irregular, asymmetric operations*» und das Hauptaugenmerk weg von Panzern, Flugzeugen, Kanonen und Schiffen auf Wissen und zeitgerechte, praktisch verwendbare Nachrichten zu verlegen. Konkret geht es um die deutliche Aufstockung der Spezialeinheiten, die verdeckt in fremden Ländern operieren sollen, sprachen- und kulturkundig, für psychologische Kriegführung ausgebildet. Das Kommando für *Special Operations* in Tampa soll bis 2007 auf einen Bestand von 60'000 Mann anwachsen. Rumsfeld will die antiterroristische Nachrichtenbeschaffung, die bisher von der CIA betrieben wurde, in eigene Hände nehmen. Kleine «*Military Liaison Elements MLE*» sollen in US-Botschaften rund um die Welt stationiert werden (gelegentlich auch in

Hotels ohne Kenntnis des Botschafters, was in Paraguay bereits zu einem tödlichen Zwischenfall führte). Schon heute findet man sie in Botschaften in Afrika, Südostasien und Südamerika. Sie sammeln Informationen, planen aktive Einsätze, unterstützen lokale Ordnungskräfte in ihren Antiterror-Aktivitäten und führen notfalls auch eigene Operationen durch.

Der Zugriff Rumsfelds findet dreifachen Widerstand: überall dort, wo man sich die Einmischung der USA verbittet, weil man Souveränität und Machtmonopol des Staates als tragende Säulen von Weltordnung und Weltfriede betrachtet; dort, wo das Machtgerangel von CIA und Verteidigungsministerium als kontraproduktiv empfunden wird und bei den Trägern des weltweit rasch anwachsenden Zweifels an Rumsfelds strategischer Klugheit. Je tiefer der Irak in einen Bürgerkrieg mit unabsehbaren Folgen versinkt, je mehr die Zahl der Terroristen wächst, je weniger sich ein Ende des Afghanistan-Abenteuers abzeichnet, desto weniger Durchschlagskraft wird die QDR haben. Die mit Scheuklappen im Windschatten von Rumsfelds Transformationsideen segelnden Schweizer Militärplaner sollten aufmerken: ihr Leuchtstern verblasst. Man ahmt nicht ungestraft eine erfolglose Armee nach. Man sehe sich um im *Leavenworth Combined Arms Doctrine Directorate*, wo der Kampf inmitten der Bevölkerung studiert wird, wo der Übergang von der High-Tech-Offensive zur lange dauernden asymmetrischen Operation thematisiert wird, wo vom Feind, der von aussen kommt, zum Feind, der im Innern lebt, gewechselt wird. Eine *Red University* wirkt seit Jahresbeginn. Sie versetzt sich in die Köpfe möglicher Feinde, entwirft Szenarien künftiger Bedrohungen, sorgt für neue Feindbilder in der Ausbildung der Truppe. Vorsicht: hier gibt es nichts abzuschreiben und für Schweizer Reglemente zu übersetzen. Wir bereiten uns nicht auf den nächsten Interventionskrieg vor. Aber wir können von Methode und Ernsthaftigkeit dieser Berufsarmee lernen. Wer in bewohnten Städten kämpfen muss, braucht zu Erziehung und Ausbildung mehr als einige leere Ruinendörfer, in denen man pro Stosstrupp Dutzende scharfer Handgranaten werfen kann. Hat man im VBS den *special report «American Military Tactics»* im *Economist* vom 17. Dezember 2005 gelesen?

Viele Milizoffiziere lesen den Economist und erwarten ein Echo.

USA:
Nationale
Sicherheitsstrategie 2006
(NSS 2006)

Wenige Wochen nach der QDR trat das Weisse Haus mit einer *National Security Strategy 2006* vor Kongress, US-Bürger und Weltöffentlichkeit. Es ist noch zu früh, ein endgültiges Urteil über den Irakkrieg zu sprechen. Sicher ist nur eines: hier wurde die Bush-Doktrin des Präventivschlages geprobt, so wie sie in der umstürzend neuen NSS 2002 vorgegeben war. Der Ausgang wird darüber entscheiden, ob Präsident Bush in die Geschichte eingehen wird an der Seite der Präsidenten Roosevelt (Zweiter Weltkrieg) und Reagan (Kalter Krieg) oder an der Seite der Präsidenten Johnson (Vietnam) und Carter (Iran, Botschaftsbesetzung). Die Welt hat allerdings den Stab bereits gebrochen über die strategische Doktrin von 2002. Sie gilt als Faktor der Destabilisierung, als imperialer Auftritt, als verlustreich und viel zu teuer. Dem Präsidenten schlägt ein heftiger Gegenwind ins Gesicht, international und im eigenen Land, sogar in der eigenen Partei. Die NSS 2006 tritt der Kritik entgegen, hält unerschütterlich fest an der Grundlage von 2002 und stützt sich auf zwei Pfeiler: Weltweit sollen Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde verbreitet werden, Tyranneien sollen in funktionierende Demokratien umgewandelt werden und freier Welthandel soll für Wohlfahrt sorgen. Ziel all dieser Anstrengung sind Friede und internationale Stabilität.

Zweite Säule ist der Führungsanspruch der USA. Bush will die Gemeinschaft aller Demokratien der Welt führen. «*America must continue to lead.*» Die fast fünfzig Seiten umfassende NSS 2006 beginnt mit dem pathetischen Ausruf: «*Wir sind im Krieg.*» Und fährt fort: «*Diese Strategie spiegelt (reflects) unsere feierlichste Verpflichtung, die Sicherheit des Amerikanischen Volkes zu schützen.*»

Wir haben allen Grund, zu zweifeln an der utopischen Vision, auf Gewehrläufen weltweit

Demokratie verbreiten zu können, und an der Vision vom Ende aller Tyranneien. Dass wir als freie Bürger einer freien Nation keine Führungsmacht anerkennen, weder Deutschland in Europa noch die USA in der Welt, sollte als Antwort in einer schweizerischen strategischen Doktrin zu lesen sein. Und auch, dass wir die aktuellen Bedrohungen nicht als Krieg verstehen.

Die NSS 2006 ist eine Langzeitstrategie. Sie will am Anfang stehen einer Arbeit von Generationen. Sie scheut nicht zurück vor Vergleichen mit der Überwindung von Nationalsozialismus und Kommunismus: Eine neue totalitäre Ideologie, diesmal nicht weltlich, sondern in der Perversion einer stolzen Religion begründet, sei zu überwinden. Intoleranz, Mord, Terror, Versklavung und Unterdrückung seien ihre Kennzeichen. Präsident Bush will seine Ziele nicht (mehr) im Alleingang erreichen. Er legt Gewicht auf die Zusammenarbeit mit anderen Machtzentren der Welt. Die Bedrohung mit Massenvernichtungswaffen findet besondere Beachtung. Streitkräfte-reformen und die Reform der Nato werden auch auf der Stufe der NSS 2006 erwähnt.

Jede Präventions- und Präemtionsstrategie strapaziert die Glaubwürdigkeit. Der Irakkrieg bewies aller Welt, wie sehr sich täuschen kann, wer sich täuschen will. Die heutigen Kriegsgründe sind nachgelieferte Rechtfertigungsgründe.

Grösste Herausforderung bleibt der Iran, gefolgt von Despoten in Nordkorea, Syrien, auf Kuba, in Weissrussland, Burma und Zimbabwe. China und Russland werden gewarnt. Dass Wahlen nicht automatisch zu Demokratien nach US-Muster führen, verschweigt das Papier nicht, und meint damit vor allem Palästina.

Die NSS 2006 setzt also die NSS 2002, welche die strategische Welt verändert hat, fort, um Nuancen verändert. Sie ist fast zu leicht zu kritisieren. Wer sie kritisiert, muss auch Szenarien entwerfen mit anderen denkbaren US-Strategien, dem Rückzug in die Isolation etwa, wie er immer öfter zur Diskussion gestellt wird. Die USA bleiben noch lange stärkste Weltmacht. Ihrer Grösse und Macht wachsen Verpflichtungen zu, die dem Kleinen

fremd sind. Es gibt keinen Grund, ihre Regierung zu idealisieren, aber auch keinen Grund, sie zu verteufeln. Kritisieren ja, aber nicht ignorieren. Die Schweiz muss der NSS 2006 mit einer selbstbewussten eigenständigen Strategischen Doktrin antworten.

Nato im Wandel

*«Jeder versteht, was die Nato war.
Einige verstehen, was die Nato ist.
Kaum jemand versteht, was die Nato
sein wird.»*

Die treffende Kurzanalyse des Nato-Oberkommandierenden, General James Jones, gilt wohl noch lange. An der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, an der auch der Schweizerische Verteidigungsminister zuhört anwesend war, trat es überdeutlich zu Tage. Mit klaren Worten forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel eine neue strategische Doktrin. Die letzten strategischen Richtlinien der Nato stammen noch aus einer andern Welt, aus dem Jahre 1999 (dem Jahr der Schlussredaktion des nachdatierten schweizerischen Berichtes 2000 zur Sicherheitspolitik, an dem wir immer noch festkleben). Die Nato engagiert sich bis an ihre Leistungsgrenzen in Afghanistan. Derweil wächst im weiteren Mittleren Osten mit dem Iran im Zentrum eine neue Front heran, aber der Nato fehlen Kapazitäten und Geschlossenheit. An der gleichen Konferenz forderte Donald H. Rumsfeld, die Transformation des Bündnisses sei fortzusetzen und es gelte jetzt *«to encourage Nato to develop an expeditionary culture and capability»*. Die Armeen der Nato und ihrer eingebundenen «Partner» sollen Expeditionsarmeen werden. Afghanistan ist das Lehrstück, Darfur soll folgen. Die Europäer sollen weltweit mitgezogen werden in den «Langen Krieg» der USA. Washington, Paris und London sind in ihrem strategischen Ansehen angeschlagen. Deutschland drängt sich nach vorn. Die Streitkräfte verlieren an Gewicht in den neuen Konfrontationen und Konflikten. Die Fronten wandern ab, von der Mitte Europas in den Mittleren Osten, aus Europa weg nach Asien.

Für die Schweiz ist Vorsicht am Platz. Es gibt hier Nato-Kollaborateure, die teils plump, teils subtil den immer engeren Anschluss betreiben.

In Brüssel ist ein schweizerischer Divisionär stationiert, wohl kaum mit dem Auftrag, die Schweiz aus der Umklammerung herauszulösen. Im Gegenteil. Die neueste, dem Parlament vorgelegte Armeepolitik spricht von Auslandseinsätzen mit Infanterie, Genie, Logistik, Militärpolizei, Lufttransport samt Führung und Aufklärung. Das Instruktionkorps wird verwandelt in ein abrufbares Peace-Keeping-Kader. Das liest sich wie eine Wunschliste des amerikanischen Verteidigungsministers und des Nato-Generalsekretärs.

Die Zukunft der Nato ist offen. Die Probleme häufen sich. Die Erweiterung hat andere strategische Kulturen eingebunden, die sich mit den Erfahrungen und Vorstellungen der USA und einiger grosser Mitgliedsländer nur schwer vereinen lassen. Niemand will die Nato auflösen. Den Amerikanern soll sie weiterhin garantieren, dass auf dem eurasischen Kontinent keine unabhängige militärische Gegenmacht heranwächst und neu jetzt, dass im Gefolge amerikanischer Militärinterventionen des Langen Krieges Truppen verfügbar sind, die sich der lange dauernden, risikoreichen, rückfallgefährdeten Aufgabe annehmen, fremde Staaten zu «stabilisieren» und in Demokratien westlichen Zuschnitts umzuwandeln.

Die gleichen unterfinanzierten, reformgeschüttelten Streitkräfte sollen nun unter EU-Ägide im Kongo die hilflosen Uno-Blauhelme unterstützen. Der Streit im Vorfeld dieses Einsatzes wirft ein grelles Schlaglicht auf den realen Zustand der EU-Sicherheitspolitik. Der redaktionelle Kommentar einer überregionalen deutschen Tageszeitung formuliert es so:

«Mangels Mandat, Strategie, Geld und Personal stolpert sie (die EU) von einem Debakel ins nächste. Der von den Vereinten Nationen angefragte Kongo-Einsatz ist nur das jüngste Beispiel für das unbeholfene Lavieren. Auch das Gerangel zwischen EU und Nato beim Kampf gegen den Völkermord in Darfur, die irrlichternde Haltung gegenüber der Hamas und das traurige Schauspiel, das die EU im Karikaturenstreit lieferte, werfen kein Glanzlicht auf die Brüsseler Aussen- und Sicherheitspolitik.»

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ESVP wird von der politischen

Klasse leise und rasch vorangetrieben. Aus einer Union, die Frieden hält unter den Mitgliedern, wird eine Interventionsgemeinschaft, die autonom und weltweit auch militärisch für ihre Interessen auftreten will, wobei unklar ist, welches diese Interessen überhaupt sind.

Wer in der Schweiz weiterhin von der Nato als Verteidigungsgemeinschaft und der EU als reiner Friedensgemeinschaft schwärmt, gehört zur Nachhut des Fortschritts von gestern. Wir wollen uns nicht verwickeln lassen in unkontrollierbare Komplikationen militärischer Intervention im Orient. Das Ende der Präsidentschaft Bush rückt näher. Bis dahin bleiben wir Zeugen eines spannungsgeladenen transatlantischen Verhältnisses. Präsident Bush möchte noch vor 2008 die Ukraine in die Nato aufnehmen, um eine offene Flanke abzudecken und den Einflussbereich über die Donauländer, den Schwarzmeerraum und die Türkei auszuweiten bis an den Kaukasus. Der Nato-Gipfel vom November in Riga wird einige Klarheit bringen. Die Verlegung der Aktivitäten weg von Europa, die Neuregelung der Finanzierung von Truppeneinsätzen (wer keine Truppen schickt, soll dafür zahlen, oder mehr bezahlen als Truppensteller), der Wille der USA, ad hoc-Koalitionen zu schliessen und ihr vermehrtes Interesse an Indien, Australien, Japan und Südkorea, die Neuorientierung der US-Aussenpolitik unter Condoleezza Rice werden zu beobachten sein wie auch der feste Wille der USA, militärische Führungsmacht zu bleiben. Die Europäer werden bis November nicht in der Lage sein, die Erwartungen der Amerikaner zu erfüllen.

Unsere «Partner für den Frieden» gehen Wege, die nicht mehr passen zu unseren Interessen und Sicherheitsbedürfnissen.

Uno:

Mehr Blauhelme denn je

Die Uno hat an ihrer Jubiläums-Gipfelkonferenz die Chance versäumt, Ordnung zu bringen in ihr krisenbehaftetes, aufgeblähtes Militärwesen. Achtzehn Blauhelm-Missionen mit Soldaten aus Bangladesch (9200), Pakistan (8568), Äthiopien (3395), Ghana (2854) und anderen Ländern, total über 60'000, sind im

Einsatz. Der Westen ist kaum dabei, er lässt seine Truppen wohlweislich nicht von der Uno-Verwaltung führen. Die Regelung der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen missglückte. Nicht einmal die Definition des Begriffes Terror gelang. Die viel gerühmten Vorschläge der Brahimi-Kommission zur Revision des Blauhelmwesens werden nicht realisiert. In Haiti und an der Elfenbeinküste, im Kongo und Sudan mehren sich die Versager. Die Mehrzahl der 43 Einsätze des letzten Vierteljahrhunderts ist gescheitert. Das Instrumentarium von 1945 und die Eskalation des *Peacekeeping* von erster Generation (Überwachung eines Waffenstillstandes) bis zur heutigen vierten Generation (Einmarsch auch gegen den Willen eines Staates, Besetzung, Übernahme der Staatsführung, Protektorat) taugen nicht annähernd, um die hehren Ziele zu erreichen. «*Humanitäre Interventionen sind meist hegemoniale Projekte des Westens, kosten viel Geld und dauern Jahrzehnte*» (Andreas Ross in der FAZ).

Das Muster wiederholt sich. Für alle Friedenstruppen wird die Lage irgendwann einmal unangenehm, weil die Bevölkerung sich gegen die fremden Soldaten wendet, die sie erst als Befreier begrüsst hatte. Aus dankbarer Duldung wird offene Ablehnung, Skandale geben zu reden und werden aufgebauscht. Auch Nato und EU werden das erleben, wenn sie sich in Uno-Dienste begeben.

Schweiz:

Hasjaxeit-Strategie

Der in einer anderen Zeit verfasste Sicherheitspolitische Bericht 2000 (SIPOL 2000) lastet als denkhemmendes, schweres Gewicht auf dem VBS. Wohl als einziges Verteidigungsministerium der Welt versteift es sich darauf, schon in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre alles richtig vorausgesagt zu haben. Nur die Dauer der Terrorbedrohung wird neu veranschlagt. In der Erläuterung zur Revision einer Verordnung der Bundesversammlung wird jetzt versucht, nebenbei eine strategische Doktrin der Schweiz zu formulieren. Nicht enden wollende wörtliche Zitate aus dem Bericht 2000 belegen in rechthaberischer Hasjaxeit-Manier die eigene Unfehlbarkeit.

Hat nicht der Bundesbrief von 1291 noch knapper alles vorausgesagt, als er *«im Hinblick auf die Arglist der Zeit zu ihrem besseren Schutz und zu ihrer Erhaltung»* Massnahmen der drei Urkantone festhielt?

Entstanden ist ein bürokratisches, technokratisches, lückenhaftes Papier, das ernsthaften Ansprüchen nicht zu genügen vermag. (Die Rede ist hier von der *«Erläuterung zur Revision der Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee»*, Stand 24.2.06). Mehrere Schwächen springen schon bei erster Durchsicht in die Augen:

- Die Unabhängigkeit der Schweiz, zentrales Ziel der Verfassung und unabdingbare Voraussetzung für alle Staatsführung in der wachsenden Unordnung der Welt nach den Abenteuern in Afghanistan und im Irak, wird nicht angemessen gewichtet. Interoperabilität, das heisst Unterstellungsfähigkeit der Armee unter fremde Streitkräfte bleibt Reformziel und steuert auch die Materialbeschaffung. Dieser schleichende Prozess ist gefährlicher als eine offene Beitrittsdebatte, da er doch immer begleitet wird von der Aussage *«Wir wollen nicht der Nato beitreten»*.
- Die reale Entwicklung von Uno, Nato und EU wird geschönt beurteilt. Wunschdenken macht sich breit. Man fragt sich, ob der strategische Nachrichtendienst den Bundesrat falsch berät, oder ob der Bundesrat der nachrichtendienstlichen Lagebeurteilung widerspricht, oder ob es an der koordinierenden Führung der beteiligten Ämter fehlt.
- Die Aussage, Hauptgrund für terroristische Bedrohung der Schweiz sei ihr Abseitsstehen von der EU-Sicherheitszusammenarbeit, ist ungeheuerlich und alarmierend.
- Der neue strategische Umbruch im Gefolge der amerikanisch-britischen Misserfolge im Irak und im Vorfeld des eskalierenden Irankonflikts ist im VBS nicht bekannt. Ebenso wenig wie das US-Strategiekonzept mit seinem Führungsanspruch. Die Vorstellung, *«friedensfördernde»* militärische Interventionen in fernen Ländern hätten eine blühende Zukunft, ist falsch.

- Das Kriegsbild künftiger symmetrischer Kriege ist überholt.
- Die zentralen menschlichen Aspekte aller Armee Reformen kommen überhaupt nicht zur Sprache. Die Folgen der Unfähigkeit, genügend fachlich ausgewiesenes Lehrpersonal zu rekrutieren, werden verschwiegen.
- Das Aufwuchskonzept ist bizarr. Die Unterscheidung von Fähigkeit und Kompetenz zur Führung von Schlachten ist weltfremd und bürokratisch. Die Behauptung, man stütze sich auf eine Machbarkeitsstudie mit positiven Resultaten, ist eine Zumutung an Parlamentarier und Bürger.
- Es wird eine papierene, blutleere Terminologie gepflegt, wie sie im Illusionsjahrzehnt 1990 – 2000 herangewachsen ist. *«Sicherheit durch Kooperation»* bleibt nicht hinterfragte Leitformel und ist sich selbst Beweis genug. Aus der Formel werden direkt Folgerungen abgeleitet. Mit der Sturheit eines Autopiloten wird weiter gefahren auf Nato- und EU-Kooperation.
- Die Bürger wollen beurteilen können, ob die wirtschaftliche Landesvorsorge den neuen Bedrohungen standhält. *«Wir bewegen uns auf dünnem Eis»*, sagte der Delegierte des Bundesrates.

Der Bedarf an grösseren Infanteriebeständen ist ausgewiesen. Die Anstrengungen des VBS gehen in diesem Punkt in die richtige Richtung. Das Dokument als Ganzes taugt aber nicht dazu, Klarheit zu schaffen und Vertrauen zurück zu gewinnen. Es bleibt ein bald zehn Jahre altes intellektuelles Vakuum bestehen. Weltbild, Kriegsbild und Soldatenbild sind auf den neuesten Stand der Entwicklung zu bringen. Wenn das Parlament den Schachzug nicht durchschaut und sich mit diesem Papier abspeisen lässt, wird jahrelang keine strategische Debatte mehr möglich sein, der Hang wird noch schneller rutschen.

Hasjaxeit-Strategie 2000. Merke: Es kommt nicht darauf an, Recht gehabt zu haben, es kommt darauf an, jetzt Recht zu haben.